

Halbjährlich 12.00
vierteljährlich 6.00
monatlich 2.00
Einzelhefte 0.10
Anzeigenpreis
Die halbjährige Zeit
ober dem Raum
50 Bl. Die halbjährige
Zeitung ober dem
Raum 1.50 Bl.
Wiederholungen
auftrags 20. 2.
Bei Wiederholungen
entsprechender
Rabatt. Bei ge-
richtl. Eintreibung
zusätzliche 10% bei
Rabatt 10%.



Die halbjährige Zeit
ober dem Raum
50 Bl. Die halbjährige
Zeitung ober dem
Raum 1.50 Bl.
Wiederholungen
auftrags 20. 2.
Bei Wiederholungen
entsprechender
Rabatt. Bei ge-
richtl. Eintreibung
zusätzliche 10% bei
Rabatt 10%.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

№. 160 Druck und Verlag in Altspeyer. Montag, den 12. Juli. Amtsblatt für den D.-U.-Bezirk Nagold. 1920.

Die Konferenz in Spa.

Die Samstagssitzungen.

Spa, 10. Juli. Die heutige Sitzung der Konferenz wurde um 11 Uhr vorm. eröffnet. Minister Dr. Simons erklärte, daß er den Alliierten nicht das Recht zu den beschlagnahmten Maßnahmen zugesprochen könne, da ein böswilliges Unterlassen Deutschlands bei der Rückzahlung der Kohlenlieferungen nicht vorliege. Die deutsche Regierung habe beabsichtigt, in der mit der ganzen Wiedergutmachungsfrage in Zusammenhang stehenden Kohlenfrage bestimmte Pläne vorzulegen, welche den berechtigten Ansprüchen der Alliierten und besonders denen Frankreichs Rechnung tragen. Er hätte es für zweckmäßig gehalten, wenn die ganze Frage von einer Sachverständigenkommission geprüft worden wäre, neben der Deutschland noch drei andere Kommissionen vorschlagen wollte: Eine für die technischen Fragen der industriellen Leistungen an die Alliierten, eine zweite für die Frage des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete und eine dritte für die Wirtschaftsfragen und die der Finanzierung der deutschen Sach- und Arbeitsleistungen, sowie der internationalen Geldfragen überhaupt. Die Kohlenfrage sei von allen die schwerwiegendste. Sie könne nur im Einverständnis mit den Bergarbeitern und den Bergwerksbesitzern gelöst werden. Er bitte daher darum, die anwesenden Vertreter dieser beiden Gruppen zu Worte kommen zu lassen. Sie sprächen nicht im Namen der Regierung, sondern was sie hier sagen würden, sei ihre persönliche Ansicht und die Ansicht derer, die sie vertreten.

Hugo Stinnes ergriff darauf das Wort und führte in einzelnen Auszügen, was bereits geschehen sei, um die Förderung von Kohle zu erhöhen und was zur weiteren Erhöhung der Kohlenförderung noch in Aussicht genommen sei. Er wandte sich in scharfer und eindringlicher Weise gegen die Drohung, daß die Entente bei Nichterfüllung der von ihr gestellten Bedingungen ins Ruhrgebiet einmarschieren werde; sie würde dann keineswegs eine vermehrte Förderung erzielen, sondern die Folge würde sofort ein wesentliches Herabsinken der Förderungsziffer sein. Der Bergbau sei ohnehin durch die Bedingungen des abgeschlossenen militärischen Abkommens außerordentlich erschwert, da es nur unter erheblichen Unruhen möglich sein werde, die einzelnen Punkte zur Durchführung zu bringen.

Als Vertreter der Bergarbeiter erklärte Gué, daß die deutsche Bergarbeiterschaft, obgleich entkräftet durch die langjährige Hungerblockade und unter ungünstigen Verhältnissen lebend, sich entschlossen habe, die Mehrförderung an Kohle, die in erster Linie Frankreich zugute komme, durch Befreiung von Ueberlastungen zu bewerkstelligen. Die Arbeiterschaft Deutschlands stehe aber auf dem Standpunkt, daß das erstrebenswerte Ziel die Sechsstundenschicht sei. Die ganze Kohlenfrage sei eine internationale Frage, die nur durch internationale Abmachungen gelöst werden könnte. Die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft seien gerne nach Spa gekommen, um an dieser internationalen Aufgabe mitzuwirken. Die Alliierten sollten aber nicht glauben, daß die Diplomaten am grünen Tisch irgend etwas festsetzen könnten, wenn die Arbeiter nicht bereit wären, es auszuführen. Er hoffe, daß die Alliierten Gelegenheit dazu geben würden, in einer Sachverständigenkommission in nähere Besprechungen einzutreten.

Die Sitzung wurde darauf auf 4 1/2 Uhr nachm. vertagt.

Spa, 10. Juli. Bei Eröffnung der Nachmittagsitzung ergriff zunächst Millerand das Wort und erklärte, wie bereits kurz gemeldet, auf die Ausführungen der deutschen Sachverständigen in der Vormittagsitzung, er wolle nicht darauf eingehen, weil es sich nicht um die verantwortlichen Sprecher Deutschlands handle; darum wolle er sich auf die Darlegungen der amtlichen Vertreter der Reichsregierung beschränken. Deutschland habe die Kohlenlieferungen, zu denen es verpflichtet sei, nicht erfüllt, sondern willkürlich vermindert. Die Entente habe das Recht, von Artikel 18 des Annex II des Friedensvertrags Gebrauch zu machen, begnüge sich aber mit Sicherheiten für die Zukunft. Millerand gab darnach eine Erklärung über die Tragweite des durch den Beschluß der Alliierten festgesetzten Prioritätsrechtes Frankreich an die gesamte deutsche Kohlenförderung ab, wobei er versicherte, daß Deutschlands eigener Bedarf gerecht bemessen und seine Bevölkerung ausreichend mit Lebensmitteln versorgt werden soll. Gleichzeitig erklärte er, daß die Entente bereit sei, ihre Sachverständigen sofort mit den deutschen Sachverständigen zusammentreten zu lassen, um den

deutschen Kohlenförderungsplan zu prüfen. Millerand schloß mit der Versicherung, daß Frankreich von keinerlei Rachegefühlen gegen das deutsche Volk befeelt sei, sondern den Wunsch hege, daß Deutschlands wirtschaftliche Kraft im Interesse von ganz Europa ihre alte Höhe erreiche, sofern Deutschland seine Verpflichtungen einlöse, und daß die beiderseitigen Beziehungen sich so friedlich wie möglich gestalten möchten. Danach traten die beiden Sachverständigen-Gruppen sofort zur Prüfung des deutschen Kohlenförderungsprogramms zusammen. Reichsminister Dr. Simons betonte nach einem Dank für die freundlichen Schlussworte Millerands, daß die Entente, ehe sie im Falle von Verletzungen des Friedensvertrags zu den darin vorgesehenen Strafmaßnahmen schreite, billigerweise die deutsche Regierung auffordern müsse, die Vertragsverletzungen einzufüllen. Der von der deutschen Regierung betroffene Kohlenbewirtschaftungsplan müsse mit Rücksicht auf den von den Alliierten gefassten Beschluß abgeändert werden. Am Montag früh, womöglich am Sonntag abend werde er vorgelegt werden. Weiter kündigte Dr. Simons für Montag die Vorlegung eines Planes für die Ausführung der Wiedergutmachungen an. Er bemerkte dazu, daß dieser Plan zunächst die finanzielle Gesamtleistung sowohl nach Ertrag wie Gesamtleistung umfassen und die technische Durchführung der im Friedensvertrag vorgesehenen, auf die Gesamtschuld anzurechnenden Sachleistungen garantieren müsse. Daneben regte der Minister eine internationale Aktion zur Neubefreiung der zerstörten Gebiete an, die als geschäftliche Unternehmung aufgebaut, übermäßige Unternehmergewinne ausschließen und unter eine gemeinsame soziale Kontrolle gestellt werden müsse.

Sonntagssitzung.

Spa, 11. Juli. Bei Beginn der heutigen Sitzung teilte der Vorsitzende Ministerpräsident Delacour mit, daß der britische Ministerpräsident unpäßlich sei und daß daher die Entscheidung über die Kohlenfrage, über die die beiderseitigen Sachverständigen seit gestern Abend beraten hätten, bis zur morgigen Sitzung verschoben werde. Er richtete daher an die deutschen Delegierten die Frage, ob sie bereit seien, die für heute Nachmittag zugesagten Wiedergutmachungsvorschläge vorlegen zu wollen. Reichsminister Dr. Simons erwiderte, die deutschen Wiedergutmachungsvorschläge seien festgesetzt und hätten der Konferenz im Laufe des Nachmittags zugehen sollen. Er habe vor der Sitzung erfahren, daß bei den Kommissionsverhandlungen zwischen den beiderseitigen Sachverständigen für die Kohlenfrage keine Einigung erzielt worden sei. Wegen der grundlegenden Bedeutung der Kohlenindustrie für das deutsche Wirtschaftsleben sei die Delegation nicht im Stande, die Vorschläge für die Wiedergutmachungen vorzulegen, solange die Kohlenfrage nicht erledigt sei. Ministerpräsident Millerand erklärte, daß ihn diese Mitteilung beunruhige. Er verlas den Bericht der alliierten Sachverständigen, betonte indessen, daß die Entscheidung der alliierten Regierungen erst morgen stattfinden werde und er bitte erneut um Ueberreichung der deutschen Wiedergutmachungsvorschläge. Reichsminister Dr. Simons führte daraufhin aus, daß nach einem von Herrn Millerand verlesenen Bericht von Deutschland monatlich das 2/3fache des in dem deutschen Vorschlag eingefegten Kohlenquantums verlangt werde, wonach der deutschen Industrie nur drei Viertel ihres notwendigen Bedarfs verbleiben würde. Auf sein Ersuchen wurde die Sitzung für den Zweck einer Besprechung der deutschen Delegierten für kurze Zeit vertagt. Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärte Reichsminister Dr. Simons, daß die deutschen Delegierten angesichts der Versicherung der Herren Millerand und Delacour, daß die Entscheidung in der Kohlenfrage erst morgen stattfinden werde, beschlossen haben, Deutschlands Wiedergutmachungsvorschläge zu überreichen und händigte mehrere Exemplare dem Generalsekretär der Konferenz aus. Er ersuchte dabei die Konferenz, die Gesamtheit der deutschen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag an der Hand dieser als ein unteilbarer Plan anzusehenden Vorschläge zusammen mit der Kohlenfrage zu prüfen. Weiter betonte der Minister, daß nach Auffassung der deutschen Delegierten der Zweck der Konferenz von Spa der sein sollte, an Stelle der einseitigen Festsetzung der deutschen Leistungen aus dem Friedensvertrag in Gemäßheit des Art. 233 durch die Wiedergutmachungskommission eine Festsetzung auf Grund gegenseitiger Ausprüche treten zu lassen. Ministerpräsident Millerand entgegnete unter Verlesung des in San Remo gefassten Beschlusses, daß der Vertrag von Versailles einschließend des Art. 233 die Grundlage der Beziehungen zwischen Deutschland und den alliierten Mächten bleibe. Die Sitzung wurde darauf auf morgen 11 Uhr vertagt.

Spa, 10. Juli.

Die deutschen Sachverständigen berieten die neuen Forderungen in der Kohlenfrage, die überaus hart sind und Deutschland die Verfügung über seine Kohlenwirtschaft vollständig benehmen, bis in die tiefe Nacht.

Spa, 11. Juli. In der Frage der Kohlenlieferung herrscht unter den Verbündeten, laut Havas, ebenso volle Uebereinstimmung, wie in der Entschleunigungsfrage. Frankreich sind jährlich 18 Millionen Tonnen zu liefern, davon 1,4 Millionen Tonnen monatlich für die zerstörten Gruben und der Rest als Ersatz für die Kohlen, die Frankreich vor dem Krieg hat kaufen müssen. Bevor Deutschland seine Nachbarn mit Kohlen versorgt, muß es die Bedürfnisse Frankreichs befriedigen, welches übrigens bereit ist, den Wert derjenigen Kohlen in Lebensmitteln zu vergüten, über die Deutschland außerdem noch verfügen kann. Demnach müssen Kohlen auch über die 18 Millionen Tonnen hinaus auf Verlangen an Frankreich geliefert werden (Schr.). Die Kontrollkommission in Berlin läßt sich jeden Monat ein Lieferungsprogramm vorlegen und die Aufträge sind erst nach ihrer Genehmigung ausführbar.

Nach dem Protokoll über die „Kriegsbeschuldigten“ hat Deutschland das Verfahren vor dem Reichsgericht fortzusetzen, wozu sich der Reichsanwalt mit dem britischen Attorney General (Kronanwalt) oder den Justizministern der betreffenden Entente-Mächte in Verbindung zu setzen hat, von denen er Auskunft oder gerichtliche Feststellungen erhalten werde. Reichsjustizminister Heinze teilte mit, daß von der deutschen Regierung verschiedene Verhaftungen geplant seien.

Paris, 11. Juli. Der Berichterstatter des „Matin“ meldet aus Spa: Bei der Wiedergutmachung handelt es sich darum, Gewähr zu verlangen. Die Verbündeten haben sich entschlossen, durch ein internationales Zusammenwirken das Geld und die Rohstoffe zu beschaffen, um die deutsche Erzeugung wieder zu heben. Aber bestimmte Sicherheiten für die Zuverlässigkeit Deutschlands müssen verlangt werden.

Paris, 11. Juli (Havas). Die französischen Vertreter in Spa sind der Ueberzeugung, daß auch in den wirtschaftlichen Fragen Deutschland durch Zwang zum Nachgeben gebracht werden müsse.

Millerand wird am 13. Juli nach Paris zurückkehren und dann einen Kabinettsrat abhalten.

Die Londoner „Daily Mail“ schreibt: Solange Deutschland nicht neun Zehntel seiner Erwerbstätigkeit in den Dienst der Entschädigung stellt, werden die Forderungen der Verbündeten kein Ende nehmen. Die französischen Vertreter in Spa lassen darüber keinen Zweifel aufkommen.

Spa, 11. Juli. Lloyd George und Millerand erklärten dem hier eingetroffenen polnischen Minister Grabski, es halte schwer, den Polen Hilfe zu leisten. Die Bitte Grabskis, die auszuliefernde deutsche Munition kaufen zu dürfen, wurde nach dem „Petit Parisien“ abgelehnt, da der Friedensvertrag eine solche Abtretung nicht erlaube. Dagegen seien die englische, französische und italienische Regierung bereit, in ihren Parlamenten eine Hilfeleistung für Polen zu verlangen. — Marschall Foch wird sofort im Großen Generalsstab in Paris die polnische Angelegenheit besprechen.

Von Herrn Lloyd Georges.

Berlin, 10. Juli. Wie wir hören, ist die Behauptung Lloyd Georges, die Strafbestimmungen ständen bereits in dem von den Deutschen unterzeichneten Protokoll vom 10. Jan. 1920, irrig. Vor der Unterzeichnung des Protokolls wurde damals von der Entente erklärt, daß die militärischen Strafmaßnahmen sich selbstverständlich nur auf die Zeit des Bajonettenkriegs beziehen und nach der Ratifikation des Friedensvertrags die Bestimmungen dieses letzteren an ihre Stelle treten werden. Der Friedensvertrag aber sieht als Strafmaßnahmen bei Nichterfüllung des Vertrags lediglich eine Ausdehnung der Besatzungszeit, nicht des besetzten Gebietes vor.

Berlin, 10. Juli. Beim Reichspräsidenten fand heute vormittag eine Besprechung statt, in der die aus Spa zurückgekehrten Mitglieder der Delegation, Minister-Sekretär Staatssekretär Albert und General v. Seckl Bericht erstatteten.

Ueberwachung der deutschen Presse?

Sasel, 11. Juli. Die „Presse-Information“ meldet aus Paris, die französische Regierung habe beim Obersten Rat beantragt, die Presse in Deutschland solle bezüglich

ihre Verteilungen über die verbündeten Länder unter Kontrolle gestellt werden. (Napoleon I. hat seinerzeit auch die deutschen Zeitungen einige Jahre lang knebeln lassen.)

Der Vorsitzende der Beobachtungskommission in Berlin, General Kollert, erklärte in einer Rede, die Entlassung Deutschlands sei ungenügend. Auch der militärische Geist, der noch im Friedensland des großen Teils von Europa verantwortlichen fremden Staatsmännern sich noch immer nicht darüber klar geworden zu sein, daß es zwecklos ist, eine Regierung zum Eingehen von Verpflichtungen zu nötigen, der man die Mittel, sich in Macht und Ansehen zu halten, nicht lassen will. Es ließe sich wohl denken, daß unserer Regierung eine stärkere Stütze zur Aufrechterhaltung von Ordnung und persönlicher Freiheit zur Verfügung stünde, als 100.000 Mann Sicherheitswehr: nämlich Brot. Aber dieses Mittel zur Volksberuhigung, diese allerniedrigste Voraussetzung zu einer erfolgreicheren Führung der inneren Staatsgeschäfte, fehlt uns heute mehr denn je, fehlt durch die Schuld der für den Versailler Frieden verantwortlichen Regierungsbürokraten. Um so notwendiger ist — bis die schlimmste Zeit der Not überwunden sein wird — eine genügend starke Ordnungstruppe in der Hand der Regierung, damit das Volk im Fieberwahn des Hungers sich nicht selbst Schaden tue.

Die schlimmste Zeit.

Wir machen gegenwärtig wieder die schlimmste Zeit im Jahre durch: die sorgenerfüllten Wochen vor der neuen Ernte. Aus allen Teilen des Reichs laufen Nachrichten ein über Streiks und Teuerungsunruhen, die in den letzten Wochen bald hier bald dort aufgestadert und in Plünderungen und blutige Zusammenstöße ausgearbeitet sind. In Spa scheinen die für das Friedensland des großen Teils von Europa verantwortlichen fremden Staatsmännern sich noch immer nicht darüber klar geworden zu sein, daß es zwecklos ist, eine Regierung zum Eingehen von Verpflichtungen zu nötigen, der man die Mittel, sich in Macht und Ansehen zu halten, nicht lassen will. Es ließe sich wohl denken, daß unserer Regierung eine stärkere Stütze zur Aufrechterhaltung von Ordnung und persönlicher Freiheit zur Verfügung stünde, als 100.000 Mann Sicherheitswehr: nämlich Brot. Aber dieses Mittel zur Volksberuhigung, diese allerniedrigste Voraussetzung zu einer erfolgreicheren Führung der inneren Staatsgeschäfte, fehlt uns heute mehr denn je, fehlt durch die Schuld der für den Versailler Frieden verantwortlichen Regierungsbürokraten. Um so notwendiger ist — bis die schlimmste Zeit der Not überwunden sein wird — eine genügend starke Ordnungstruppe in der Hand der Regierung, damit das Volk im Fieberwahn des Hungers sich nicht selbst Schaden tue.

Die Leidenschaften sind schwache Ratgeber. So menschlich begreiflich die kummervolle Empörung der einfachen Hausfrau angesichts der immer noch für viele unerwünscht bleibenden Gemüße- und Obstpreise auch ist, so lehren doch Verstand und Erfahrung, daß Plünderungen von Warenbeständen und körperliche Bedrohung von Verkäufern lediglich dazu führen, daß das Warenangebot noch kleiner wird. Wo keine Rechtsicherheit für Waren und Personen herrscht, da verödet der Markt. Das war immer so und wird immer so bleiben.

Heute stehen die Dinge so, daß die gewalttätigen Selbsthilfeversuche der Käuferschaft abgelöst werden von dem Verlangen nach neuen Vorschriften über Höchstpreise. Auf der einen Seite ruft man nach beschleunigter Abschaffung der Zwangswirtschaft, und das mit Recht, denn sie verteuert eine ganze Reihe von Lebensmitteln, die nach Freigabe des Handels billiger zu haben wären, die heute schon der Schleichhandel zum Teil billiger und besser liefert. Auf der anderen Seite verlangt man neue Bestimmungen gegen übermäßige Preisforderungen der landwirtschaftlichen Erzeuger. Aber das ist mir wieder ein in die Zwangswirtschaft zurückführender Artweg. Er bräute uns wieder dahin, billige Nahrungsmittel zu haben, aber keine Waren, die es dafür zu kaufen gäbe. Das einzige, der Teuerung wirksam begegnende Mittel ist: vermehrtes Angebot. Für Deutschland in seiner gegenwärtigen Lage kommt hierfür in erster Linie die Steigerung der eigenen Erzeugung in Betracht. Es muß doch sehr zu denken geben, daß die Anbaufläche für Brotgetreide in Deutschland in den letzten Jahren in beunruhigender Weise zurückgegangen ist, so daß wir auf immer größere Zufuhren aus

dem Ausland angewiesen sind. Das kommt uns doch viel teurer, als wenn wir für die einheimischen Getreidebauer höhere Preise bewilligt und von ihnen mehr Brotfrucht erhalten hätten. Wer vollwirtschaftlich richtig denken will, der muß sich vor Risikofürchten hüten. Es kommt nicht darauf an, ob man dem einen oder anderen Volksgenossen den von ihm erzielten Gewinn gönnt, oder ob man ihn für unberechtigt hoch hält; sondern es dreht sich um die Frage: Nützen oder schaden wir der Allgemeinheit, wenn wir den Betreffenden im Gewinnmachen einschränken? Man wird, wenn man die Augen für die Allgemeinheit offenhält, sehr oft sehen, daß der aus obrigkeitlicher Bevormundung erwachsende Schaden der Gesamtheit in irgend einer Form viel teurer zu stehen kommt, als die auf dem freien Markt sich ergebende Preisgestaltung gekommen wäre.

Rechtswidrige Gewaltanwendung gegen Verkäufer oder Produzenten ist also ebenso wie das Ausrufen nach neuen Zwangs- und Regelungseingriffen der Obrigkeit lediglich ein Selbstbetäubungsmittel, das, wenn es angewandt wird, mehr schadet, als nützt. Wir kommen nur heraus aus der Not durch wirtschaftliche Arbeit, durch Rückgewinnung eines Betätigungsfeldes für unsere Schöpferkräfte in Industrie und Handel. Das letztere muß zu erwarten, ist die Aufgabe, die unseren Wortführern in Spa obliegt. Inzwischen ist es die Pflicht aller vernünftig denkenden Volksgenossen, darauf bedacht zu sein, daß die in jetziger Notzeit uns kümmerlich nährenden Arbeitsmöglichkeiten in Land und Stadt nicht zerstört werden durch die als Verzweiflungsausbruch zu wertenden Gewalttätigkeiten, die sich in mannigfacher Gestalt im darbenenden Volk geltend machen. Eine bessere Zukunft wollen und werden wir erringen — in Spa oder auch nach und trotz Spa. Aber dazu ist nötig, daß wir sie erleben und uns nicht durch innere Wirren in den Hungertod jagen lassen. Die schlimmste Zeit des Jahres wird bald hinter uns liegen, und hoffentlich auch einmal die schlimmsten Jahre von Deutschlands Welt.

Württ. Landtag.

Stuttgart, 9. Juli.

Die 6. Abend Sitzung wurde um 5 Uhr eröffnet. Präsident Weller erteilt dem Abg. Dr. Koch, der vormittags nach Besetzung eines Wahlschlüssels, worin die Demokratie als Partei der Wähler und Schleier bezeichnet war, „sehr richtig“ gewesen hatte, einen Ordnungsruf.

Abg. Frau Koch (S.P.) vertiefte eine kleine Anfrage betreffend das Konservatorium für Musik, das durch die ehrenvolle Berufung Powers an die Hochschule für Musik in Berlin von einem schweren Verlust bedroht sei.

Kultusminister Dr. v. Heber erwidert, er habe sich an Professor Bauer gewandt. Die Schule sei eine private, unter einem Kuratorium stehende Anstalt, die vom Staat und der Stadt Stuttgart mit jährlichen, neuerdings wesentlich erhöhten und für beide Teile gleichgemachten Beiträgen unterstützt wird. Über eine etwaige Änderung in der Unterrichtsorganisation werde bei der Beratung des neuen Haushaltsplans weiter gesprochen werden können. Es werde nichts unversucht bleiben, um Bauer zu erhalten.

Sodann wird die Aussprache über das Regierungsprogramm fortgesetzt.

Abg. Fischer (U.S.P.): Wir sind grundsätzliche Gegner der heutigen Gesellschafts- und Staatsordnung. Das Parlament ist ein Instrument des kapitalistischen Staats geworden. Auch die Regierung steht unter der Diktatur des Kapitals. Die sozialistische Wirtschaft muß weiter gehen, wenn jemals der Zustand des Glücks erreicht werden soll. (Große Heiterkeit.) Nur wenn der Zustand erreicht ist, kann es einen Aufstieg geben. Redner bespricht dann die Vorgänge in Ulm, Heidenheim, Ravensburg und erhebt Protest gegen die auch von amtlicher Seite verbreiteten unwahren Berichte. Die Wehren bilden einen Fremdkörper im Volk. (Unruhe.) Die deutschen Vertreter in Spa seien nur die Zwischenhändler der kapitalistischen Vertreter der Entente. Wir müssen die Abrüstung aus innerpolitischen Gründen erlangen. Wir stellen den Antrag: Die Erklärung der Regierung entspricht nicht den Anschauungen des Landtags. Red.

mer bedauert, daß Deutsche Soldaten ein Gewerbe daraus machen, Deutsche Arbeiter tot zu schlagen. (Beifall rechts.) Präsident Walter erteilt dem Redner eine Alge. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft bringt große Gefahren für das Volk.

Abg. Hausmann (S.P.) regt an, der Präsident möge den deutschen Brüdern in Ost- und Westpreußen, die am 11. Juli der Volksabstimmung schreiten, einen Acregruß senden.

Das Haus stimmt zu. Stuttgart, 10. Juli.

Die 7. Sitzung wird 9.15 Uhr eröffnet. Abg. Wides (D.P.) unterstützt die außenpolitischen Forderungen des Abg. Bazille, stellte sich aber im übrigen zur Mitarbeit im Sinne des Regierungsprogramms bereit. Er kritisierte scharf die Berufung des Ernährungsministers Graf als Minister des Innern, behandelte die Unruhen in Ulm und schloß sich den Forderungen des Zentrumsvorsitzenden an.

Arbeitsminister Dr. Schall legte den Grundgedanken für seine Geschäftsführung vor: nicht von vorgefertigten Meinungen ausgehen, sondern von Tatsachen. Seine Hauptaufgabe sei die Verhängung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Das Gelingen hänge aber von der Einsicht der Gegner ab. Die Wirtschaftskrise sei eine Folge der Hochkonjunktur, des Spekulations- und Schieberturns sowie der Steigerung der Steuerlast. In großen Zügen besprach der Minister dann die Menge der Wirtschaftskrisen, die heute im Vordergrund stehen. Der Preisabbau sei nur durch Verkürzung der Produktion, Steigerung der Arbeitsleistung und Verminderung des Aufwands zu erreichen. In der Milchpreisfrage stellte sich der Minister auf den Standpunkt, daß, nachdem die meisten Druckschlüsse durch freie Vereinbarung den Milchpreis herabgesetzt haben, die Abänderung der Milchpreisverordnung zu erfolgen habe. Ein Verbandsantrag des Bauernbunds wurde gegen den Widerspruch von Sozialdemokratie und Demokratie angenommen. Nächste Sitzung Dienstag nachmittags 4 Uhr.

Neues vom Tage.

Kaiserin Eugenie †.

Wien, 11. Juli. (Korr.) Nach Zeitungsmitteilungen aus Paris ist die Kaiserin Eugenie heute Nachmittag in Spanien verstorben.

Auslieferung.

London, 10. Juli. Im Unterhaus teilte Lord Law mit, daß die Verbündeten von der deutschen Regierung die Auslieferung von 800 Personen fordern, einen Teil dieser Leute werden sie jedoch durch das Reichsgewicht in Leipzig aburteilen lassen.

Senatswahl in Bremen.

Bremen, 11. Juli. Die Bürgerchaftsversammlung wählte je 7 Mitglieder der Deutschen Volkspartei und der Demokratie in den Senat. Die Sozialdemokraten und Unabhängigen hatten die Beteiligung an der Bildung eines Geschäftsenats (ohne parteipolitischen Charakter) abgelehnt.

Neue Revolution in Mexiko?

Berlin, 10. Juli. Laut „Berl. Volksanz.“ wird aus Mexiko gemeldet, daß dort eine neue Revolution ausgebrochen sei. Eine Anzahl Brücken an der amerikanischen Grenze soll gesprengt worden sein.

Admiral Fisher †.

London, 11. Juli. Admiral Lord Fisher ist gestern früh an den Folgen einer Operation gestorben. — Fisher, der oberste Admiral der englischen Flotte, hat bekanntlich ein vielbesprochenes Buch veröffentlicht, in dem er mitteilt, daß er den Vernichtungskrieg gegen Deutschland seit Jahren bis in die kleinsten Einzelheiten aufs sorgfältigste vorbereitet habe.

Reval, 11. Juli. Die Bolschewisten sind bis zur litauischen Grenze vorgerückt und haben die Verbindung zwischen der litauischen und der polnischen Front durchbrochen. Dinaburg ist von den lettischen Truppen geräumt und von den Russen besetzt worden. Letztere haben um den Durchmarsch durch litauisches Gebiet erjacht.

Esersucht.

Wenn Wahrheit ruft nach Zeugen,
Doch bang kein Mund zu sprechen wagt,
Verstümme du die Feigen! Sprich unverzagt.

Im Zuge der Not.

Roman von C. Dressel.

(19. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Siehe! Sie hatte aber der Chef dies Jögern für beschämende Zurückhaltung genommen, denn er war gleich lebenswürdig geblieben. Daß er auch sonst mit ihm zufrieden sei, erkannte Bollrad in dem Grade, wie sich des Chefs humanes Wohlwollen zu sichtlicher Achtung steigerte. So durfte er wohl auch diese Einladung für eine Auszeichnung nehmen. Jedenfalls war sie keinem der anderen Herren zuteil geworden. Allerdings waren einige bereits Eheänner, die die Tanne im eigenen Heim brennen sahen, andere wieder zu den Ihren heimgekehrt. Dagegen war es langjähriger Brauch des Kommerzienrats, seinen Angestellten am ersten Weihnachtstage ein offizielles Diner zu geben, zu dem auch Bollrad die übliche schriftliche Einladung erhalten hatte. Sei dem nun, wie ihm wolle, Bollrad sah in dieser außergewöhnlichen Einladung für den heiligen Abend eine besondere Freundlichkeit, die er hoch ausnahm.

Er schickte der Frau Kommerzienrat ein wundervolles Stumengewinde und machte die sorgfältigste Abendtoilette, wie er sie sich in dieser Stettiner Zeit nicht mehr gestattet, so ganz und gab ihm auch sonst das gute Ansehen war, zu dem ihm noch immer die früheren beaux costumes verhalfen. Wie ja wohl dies magere Jahr und länger durchhalten mochten.

Als er so im Fall dress bei den Duertochs erdicht, sah er aller Augen in ehrlichem Staunen auf sich gerichtet. Der Doktorin Wohlgefallen spiegelte sich in freundlichen Blicken, während sie dachte: „Ein bildsamerer Menich,

dieser Klauen. Geradezu vornehm steht er aus. Er hat sicher bessere Tage gekannt. Aber doch gut, daß Annelise ihn nicht so sieht. Ganz gefährlich staltlicher Mann. Wie ein junger Lord schaut er aus.“

Klein-Suse sprudelte ihre helle Bewunderung offenerherz heraus: „O wie schön, Herr Klauen, haben Sie sich für uns so sein gemacht?“

Er wurde rot. War wirklich um die Antwort verlegen.

Sie wolkte zu Brügges, nicht wahr? kam ihm die Doktorin zu Hilfe.

In der Tat. Es wird dort des Kleinen wegen pünktlich um sieben angestellt. Herr Kommerzienrat bemerke es besonders, somit blieb keine Zeit zum nachmaligen Anziehen, bitte um Entschuldigung.

„O, wir lassen uns diesen Glanz in unserer Hütte ganz gern gefallen, Herr Klauen,“ scherzte der Sekundaner. „Bist ein paar Zettel mit der Warnung, „Nicht berühren“ könnte Raffael schnell malen und Ihnen ansteden, sonst dürften Sie nicht mehr tabellos in Villa Brügge antommen. Suse sieht Sie so verlobt an, daß eine Umarmung mit Schokoladefingern der nächste Schritt sein wird. Auf den Höllestrahl können wir unser Respekt nicht gerade heute feingelien.“

Bollrad lachte hell auf. „Ich laß es drauf antommen. Du kannst auch ein ganz zarter manierlicher Zephyr sein, wenn's sein muß, wie, Suse-Sausewind?“

Die Kleine kam heran in ihrem hellen, weißgeschätzten Kostümchen, blieb auf einen halben Meter Distanz stehen, wies zwei blauen-weiße Patschhändchen und verscherte treuherzig: „Ich tu Ihnen nichts, Herr Klauen. Auch nicht, wenn ich erst Schokolade esse — dafür ist doch die Schürze da.“

Mutter hörte zum Glück nichts von dem beabsichtigten Attentat auf das mühsam gebügelte Staatsstück, sie war unterdessen ins Weihnachtszimmer gegangen, die Kerzen anzuzünden. Bollrad aber rief den herzigen Schelm an sich. Ob die seidenen Kostümstücke Falten bekamen, oder die gestickte Hemdbrust zerdrückt wurde, es war ihm egal, er dachte nur: „Genau so süß muß Annelise als Kind gewesen sein.“

Noch immer den kleinen Sausewind im Arm, sah er jetzt in Finis sinnend auf ihn gerichtete Augen.

„Gefalle ich dir gar nicht?“ neckte er.

„Doch, Sehr.“ Und näher kommend, sagte sie gedankenvoll: „Schade nur, daß Annelise nicht da ist.“

Er konnte nicht anders, er nahm auch das andere Mädchen in den Arm und flüsterte dem kleinen ernsthaften Ding ins Ohr: „Sehr schade, Fini. Schreib das deiner Schwester und — — — willst du sie auch von mir grüßen?“

„Ganz gewiß, und ganz zulezt. Da kommt immer das Beste,“ meinte das Kind mit den bedachtamen Augen.

Jetzt ertönte die Weihnachtsglocke. Beim ersten Hüll flogen ihm die Mädchen mit einem Ruck aus dem Arm. Was war ihnen nun Herr Klauen! Versunken war die Umwelt, denn gleich würde sich hinter jener noch verschlossenen Tür ein Paradies für sie aufstun. Sie saßen sich an den Händen und standen selig bekommen, als nun aus dem Weihnachtszimmer das schönste aller Weihnachtslieder, das unvergehlische „Stille Nacht, heilige Nacht“ erklang.

In die zarte Klavierbegleitung der Mutter drinnen fielen die hellen Kinderstimmen ein, alle, alle. Engelchöre schwebten über dem Raum. Auch des Sekundaners rauher Wechselbaß sang mit. Und nun auch Bollrad.

Die Melodie kannte er. Gesungen hatte er sie nie. Niemals. Aber er sumnte sie mit. Daß er die Worte nicht gleich dazu hatte, niemand merkte es. Sie alle waren ja mit ihren Gedanken nur bei dem, was hinter jener Tür vorging und herrlicher noch vorgehen sollte bei ihrem Aufstieg.

So sah es auch keiner, daß in dem bewegten Gesicht des eleganten Mannes feuchte Augen schimmerten und ein Ausdruck tief innerer Ergriffenheit.

Ja, wunderbar ward ihm ums Herz. Dies süße herrliche Lied, er mußte es lernen. Das würden sie immer singen unter der Lichtertanne, — Annelise und er.

In diese weisheitsvolle Gehobtheit brauste wenige Minuten darauf ein Jubel hinein, wie er ihm so unprüflich empfunden gleichfalls unbekannt war.

Die Kinder waren außer sich vor Glück. Insonderheit geriet Suse-Sausewind außer Rand und Band und rief die andern, das heißt Fini und Paul, in ihr stürmisches Sauchzen hinein.

Fortsetzung folgt.



Aus Stadt und Land.

Altensteig, 12. Juli 1920.

Die mittlere Verwaltungsdienstprüfung haben bestanden und sind zu Verwaltungspromotanten bestellt worden die Kandidaten: Heinrich Koch von Wildberg, Gottlob May von Hattenbach, Karl Schmidt von Calw und Fritz Seeger von Neubalch.

Forstmeister. Nach der neuen Amtsbezeichnung der Beamten führen sämtliche Vorstände der staatlichen Forstämter den Titel Forstmeister.

Eine Wahlkreis-Konferenz der Sozialdemokratischen Partei des 16. Landtagswahlkreises fand am Sonntag in Brötzingen statt, die von den Oberämtern Neuenbürg, Calw und Nagold gut besucht war. Landessekretär Strauß besprach eingehend die Wahlen und die sich daraus ergebenden Behren; ferner den neuen Organisationsentwurf. In der lebhaftesten Aussprache wurde allgemein die Wiedereröffnung der früheren Wahlkreisorganisation und Leitung gefordert. Zum Leiter des 16. Wahlkreises wurde darauf einstimmig Genosse Robert Eder, Calw gewählt. Sodann wurde eine Reihe geschäftlicher Angelegenheiten erledigt.

Robheiten. Je mehr in unserer Zeit von Sozialismus d. d. Gemeinfinn geredet wird, um so mehr begnügt man im wirklichen Leben der Eigensucht und Willkür. Was man früher als Frevel, Unart, Ausschweifung und Plebschheit bezeichnete, das ist gegenwärtig das „einzige Recht“, die „Gerechtigkeit“ der Jugend. So wurde an dieser Stelle schon einmal darauf hingewiesen, daß die Schänke an einem Spazier- und Waldweg ein festlich immer wieder zu hören werden. Sie dienen ja der Allgemeinheit und diese hat in unserem sozialen Zeitalter nichts zu bedeuten! So werden auch an Birken und Kastanien immer wieder Rindenstücke abgehauen oder rundum abgeschält, daß der Baum für immer geschädigt ist oder nach einigen Jahren eingehen muß. Derartige Robheiten hat man in früherer Zeit ebenso roh bestraft. Man hat dem Baumwurzeln den Leib aufgeschnitten und die Wunden mit den beschädigten Teil des Stammes gewickelt. Was soll man nun aber dazu sagen, daß die beiden Steinkreuze am Fischweg nach dem Dorf von rufloser Hand mit dem Steinschlägel so bearbeitet wurden, daß an dem kleineren Kreuz das Kopfstück abgeschlagen und nur wieder draufgelegt und beide Kreuze deutliche Spuren von Hammerschlägen aufweisen. In früheren Zeiten hätte das Volk eine derartige Verwundung am Gemeindegut nicht ertragen und nicht ungesühnt gelassen. Man hat derartige Steinkreuze, die 200 und mehr Jahre alt sind, als Heiligtum betrachtet, hat ihre Bedeutung für die Volkserziehung gewertet und sie als Kulturdenkmale geschützt und geschätzt. Mit heiliger Scheu ist man ihnen begegnet, hat den Rindern von der Lattat erzählt, um dem Ort geschadet ist, um sie einbringlich und nachhaltig vor einem ähnlichen Vergehen zu warnen, viel einbringlicher als durch das Einlösen und Erklären des Rinderechts: „Du sollst nicht töten“. Unsere Alten wußten also, was sie taten, wenn sie solche Steinkreuze für das nachlebende Geschlecht errichteten. Mit dem Dichter sollte jeder Vorübergehende zu den Fragen und Gedanken angeregt werden:

Du einjam Kreuz am Wegestrand
Was magst du wohl bedeuten?
Ziel jemand hier von Mordhand
Vor längst vergangnen Zeiten?
Hat Neid oder Sühne dich
Errichtet fern hier oben?
Du stimmst so ernst, so feierlich
Gehemnisvoll anzuob.

Und nun gleich zwei Kreuze nebeneinander! Die Sage berichtet von einem Doppelwurd. Doppelt stark und einbringlich ist die summe Predigt dieser Denkmäler, doppelt wertvoll sind sie für unsere an Kulturdenkmälern so arme Gegend! Will sich die Allgemeinheit die oben gemeldete Gemeinheit gefallen lassen? —

Unter Geschwad des Altags. Unter dem Titel „Unter Geschwad des Altags“ wird vom Württ. Landesgewerbemusik in der Zeit vom Samstag, den 10. Juli bis Freitag, den 16. Juli (je einschließlich) vormittags von 9-12 Uhr und nachmittags von 2-5 Uhr im großen Saal des Georgenbaus in Calw eine Wander-Ausstellung veranstaltet, in der in Form und Farbe gelegene Bekleidungsgegenstände auf den verschiedensten Stoffgebieten des Kunstgewerbes — Metall, Keramik, Glas, Textilien und namentlich allerlei Stoffe — vorgeführt werden. (Siehe Inserat)

Die Zwangsbewirtschaftung der Eier wird in Württemberg am 15. August aufgehoben. Hühnerhalter, die bis dahin mit den Ablieferungen noch im Rückstand sind, bleiben jedoch auch nach dem 15. August noch lieferungspflichtig.

Nagold, 9. Juli. (Postkonferenz.) Stations-Oberkommandant Penz hier ist am 1. Juli d. J. nach 42jähriger Dienstzeit in den Ruhestand getreten.

Der 10. Juli. (Die Wälder.) Wie schon berichtet, erlosch der Bauernsohn Christian Kramer seinen 22 Jahre alten Bruder Karl im Straß. Die Brüder konnten sich nicht vertragen. Der Ältere griff bei einer Auseinandersetzung am Donnerstag Abend zum Revolver. Der erste Schuß ging fehl, mit dem zweiten streckte er seinen Bruder nieder. Die Familie hat innerhalb sechs Jahren fünf erwachsene Kinder verloren. Auch der Vater war Kriegsteilnehmer.

Dornhan, 10. Juli. (Brandstifter.) Als Anstifter des Brands, durch den das Anwesen der Geschwister Karl und Schwester in Asche gelegt wurde, ist ein im Kopfe nicht ganz richtiger Kesse der Geschädigten festgestellt worden. Er ist nach der Tat flüchtig gegangen, wurde aber jetzt gefasst und vorerst dem Gericht eingeliefert.

Stuttgart, 11. Juli. (Das neue Diätengesetz.) Dem Landtag ist ein Gesetzentwurf über die Entschädigung der Mitglieder des Landtags zugegangen. Die Abgeordneten sollen erhalten monatlich 450 M. Aufwandsentschädigung, ein Sitzungsgeld von 25 M., eine Uebernachtsgebühr für Auswärtige von 25 M. und freie Fahrt auf den Eisenbahnen. Der Präsident erhält monatlich 1500 M. und die üblichen Entschädigungen.

Stuttgart, 10. Juli. (Seuchenvergütung.) Im Landtag ist von Bürgerpartei und Bauernbund der Antrag eingebracht worden, daß bei der Entschädigung für die an der Seuche gefallenen Tiere der Marktpreis zugrunde gelegt und für die in den letzten 4 Monaten entstandenen Schäden Nachvergütung gewährt wird.

Stuttgart, 11. Juli. (Mineralbad Leuze.) Die Stadtverwaltung wird das am 1. Juli in ihren Besitz übergegangene Mineralbad Leuze in Verg. von dem früheren Teilhaber Ludwig Leuze als Pächter weiterführen lassen. Ein Luft- und Sonnenbad wird eingebaut. In die beiden Logierhäuser kommen Versorgungs- und Altersheim für alleinstehende männliche und weibliche Personen des Mittelstands. Einige Stadwerke werden der Verbandsverwaltung überlassen, wogegen die Stadt von der Militärverwaltung gleichwertige Räume anderswo zur Verfügung erhält. Die Instandsetzungsarbeiten sind auf 250 000 M. veranschlagt.

Stuttgart, 11. Juli. (Bestechungsversuch.) Das Stadtschultheißenamt hat gegen eine Reihe von Personen, die von den Beamten des Wohnungsamts durch Geben die Zumeisung von Wohnungen zu erwirken suchten, Strafantrag wegen Bestechungsversuchs gestellt. In Zukunft sollen die Namen solcher Personen veröffentlicht werden.

Stuttgart, 11. Juli. (Vortrag.) Der deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete v. Gräfe wird am 16. Juli im Koncertsaal der Piederhalle hier über Spa und die politische Lage vreden.

Ettingen, 11. Juli. (Die Seuchengrotte.) Die Maul- und Klauenseuche tritt hier in der unheimlichsten Weise auf. Einem Viehwärter verendeten 5 Stück. Sein Stall steht jetzt leer. Ebenso 10 andere Stallungen, in denen das letzte Stück Vieh geschlachtet werden mußte.

Herrnberg, 11. Juli. (Milchpreisabschlag.) Der Gemeinderat beschloß, den Milchpreis für Verbraucher auf 1.20 M. herabzusetzen und den über diesen Betrag hinausgehenden Aufwand für die Milchbeschaffung auf die Stadtkasse zu übernehmen. Der Butterpreis wurde von 14.80 M. auf 14 M. herabgesetzt.

Bad Boll, 11. Juli. (Schenkung.) Die Herrnhuter Brüdergemeine hat die ihr von den Freunden und Erben des verst. Pastors Christoph Blumhardt gemachte Schenkung des Bades Boll angenommen mit der Verpflichtung, das Bad als christliches Erholungsheim weiterzuführen und für das von Blumhardt in Lebenhausen gegründete Kinderheim eine jährliche Zahlung von einigen tausend Mark zu leisten.

Saingan, 11. Juli. (Hagelschlag.) Am Donnerstagabend vernichtete ein schwerer Hagelwetter in den Gemeinden Wilfersweiler, Hochberg, Ludwigsweiler, Nusbach und Eberbach den größten Teil der Ernte. In Löggenweiler, Heratskirch, Boms, Hind, Bollern, Lampertweiler, Bof und Bierstätten wurde großer Schaden angerichtet. Die Selbstversorgung des Bezirks ist in Frage gestellt.

Aus dem Schwarzwald wird der „Württ. Ztg.“ berichtet, daß bei den Landwirten tiefe Erbitterung herrsche über das Treiben gewisser Agitatoren aus den Städten, die Knecht und Köhde und sogar Hütchen in Verfammlungen zusammenholen und ihnen sagen, daß sie mit dem „hischen Lohn“ nicht zufrieden sein dürfen und daß sie auch nicht mehr so viel arbeiten sollen. In den Städten werde aber über die „unersättlichen Bauern“ geäussert.

Markbrunn, 11. Juli. Der Landtagsausschuß für den Abbau der Zwangswirtschaft erläßt einen Aufruf an die badiischen Landwirte, bei ihren Erzeugnissen eine angemessene Preisermäßigung eintreten zu lassen. Um dies zu ermöglichen, müssen auch die Bedarfsartikel der Landwirtschaft, besonders die Kosten für das Ausdreschen, auf das notwendige Maß beschränkt und die Leistungen der für die Landwirtschaft arbeitenden Handwerker und Gewerbetreibenden verbilligt werden, die Löhne der landw. Dienstboten und Arbeiter nach den besonderen Verhältnissen der bad. Landwirtschaft geregelt werden. Eine Herabsetzung der Arbeitslöhne und Gehälter der Angestellten und Beamten müsse folgen, sobald die Preisermäßigung sie möglich mache und rechtfertige.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 11. Juli. (Obstmarkt.) Der Obstgroßmarkt wies gestern eine außerordentlich reiche Zufuhr auf, an Äpfeln war ebenfalls kein Mangel. Kernobst und Steinobst waren reichlich angeboten, besonders Aprikosen und Pfirsiche in prächtiger Ware. Kirchen werden weniger reich angeboten und kosten 1.00-1.20 M., Stachelbeeren 1.20-1.30 M., Erdbeeren 60-80 Pfg., Himbeeren 2.20 M., Birnen 1.40-1.60 M., Äpfel 1.20-1.30 M., Aprikosen 2.20-3 M., Pfirsiche 3 bis 3.20 M., Heidelbeeren 2.20 M. Auf dem Gemüse-Großmarkt kostete Blumenkohl 80 Pfg. bis 2 M., Kohlraben 20-25 Pfg., Rettiche 25-30 Pfg., Salat 25-30 Pfg., Wirsing 40-50 Pfg., Endivien 35-50 Pfg., Gurken 80 Pfg. bis 2 M., je das Stück, Einmachgurken 3-3.40 M. das Hundert, gelbe Rüben 40 Pfg. der Bund, 50 Pfg. das Pfund, rote Rüben 30-40 Pfg. der Bund.

Wetterwahrnehmung.

Heiter, trocken, sommerlich, warm.

Druck und Verlag der W. Metzlerschen Buchdruckerei, Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Daul.

Legte Nachrichten.

Vorläufiges Abstimmungsergebnis in West- und Ostpreußen.

Westpreußen, 12. Juli. Der gestrige Abstimmungstag in Westpreußen ist ohne jeden Zwischenfall verlaufen. Italienische Kommandos durchfahren in der stivogen das Abstimmungsgebiet und sorgten für Ruhe und Ordnung. Die Wahlhandlung begann um 8 Uhr morgens und wurde um 8 Uhr abends geschlossen. Nach dieser Zeit versammelten sich vor dem Deutschen Haus in Marienwerder eine große Menschenmenge, die die einzelnen Ergebnisse, die zumeist für Deutschland günstig sind, erwartete.

Westpreußen, 11. Juli. Der Abstimmungstag im ostpreussischen Abstimmungsgebiet ist überall ruhig verlaufen. Aus den Kreisen Ortschaften, Osterode, Seeburg, Lyck, Johannsburg, sind Meldungen über eine außergewöhnlich zahlreiche Beteiligung der Stimmberechtigten eingelaufen. Im Kreise Oletzko hatten bereits um 4 Uhr nachmittags 95 Proz. aller Stimmberechtigten ihr Stimmrecht ausgeübt.

Westpreußen, 12. Juli. (Telegr.) Ergebnis für Westpreußen: Bei der gestern stattgefundenen Abstimmung wurden insgesamt 99 316 Stimmen abgegeben und zwar 91 634 deutsche Stimmen und 7682 polnische Stimmen, also 92% deutsch!

Ergebnis für Ostpreußen: Es wurden in Ostpreußen 361 068 Stimmen abgegeben und zwar 353 655 deutsche Stimmen und 7408 polnische St., also 97,9% deutsch!

Westpreußen, 12. Juli. Der den Alliierten von Deutschland vorgelegte Kohlenwirtschaftsplan lautet; Unter der Voraussetzung, daß die Kohlenförderung im Durchschnitt pro Arbeitstag erhalten und sie im Monat Mai zur Verfügung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung in Deutschland bleibt, bieten wir den alliierten Mächten eine Menge von 44 000 Tonnen im Durchschnitt pro Arbeitstag zur bevorrechtigten Lieferung an. Deutschlands Industrie, Landwirtschaft und Hausbrand werden bei dieser Produktion von dieser Lieferung an die Entente unter der Annahme, daß gegenüber 1913 kein wesentlicher Mehrbedarf eingetreten ist, nur mit 58 Proz. des Verbrauchs von 1913 beliefert wie die beiliegende Tabelle anweist. Bei Berechnung dieses Prozentsatzes ist der Mehrverbrauch infolge qualitativer Verschlechterung der Kohlen nicht berücksichtigt worden. Wir beabsichtigen 50 000 Bergwerke jährlich neu einzuschließen und für sie die erforderlichen Wohnungen zu bauen. Wir erwarten hiervon eine Mehrförderung von 0,7 Tonnen pro Mann und Tag. Von der Mehrförderung, die über den arbeitsmäßigen Durchschnitt im Monat Mai 1920 (rund 44 000 Tonnen bei 23 Arbeitstagen) erreicht wird, erhalten die alliierten Mächte für das erste Jahr von jetzt an gerechnet 40 Proz., für das nächste Jahr 25 Proz., während die restlichen Prozente zur freien Verfügung Deutschlands bleiben müssen.

Westpreußen, 11. Juli. Der Oberste Rat hielt heute eine Sitzung ab. Er beschäftigte sich mit dem türkischen Friedensvertrag. Die Antwort wird den türkischen Delegierten endgültig am 17. Juli übergeben werden. Sie enthält einige Abänderungen zu Gunsten der Türkei. In der Tschechoslowaken Frage ist eine Volksabstimmung vorgesehen. Die Tschechoslowaken und die Polen lehnen sie jedoch beide ab und schlagen einen Schiedsspruch des belgischen Königs vor. — In der Danziger Frage wurde die Verwaltung gemäß Art. 104 des Friedensvertrags einer gemischten, aus Dänen und Polen bestehenden Kommission übertragen.

Westpreußen, 11. Juli. Nach Czernowitzer Blättern hat ein Teil der polnischen Kommissare von den rumänischen Behörden die Erlaubnis erbeten, auf rumänisches Gebiet zu flüchten. Da Rumänien die Neutralität wahren wollte, verweigerte die rumänische Regierung die Genehmigung.

Westpreußen, 11. Juli. Die Morgenpresse stellt einen Umschwung in der Stimmung in Spa im Verlaufe der gestrigen Nachmittagsitzung fest. Nach dem „Matin“ trete man nunmehr in die Periode der Verhandlungen ein. Die Zeit der Noten sei vorüber; zwar würden die Grundzüge anfrucht erhalten, aber über die Realitäten werde man von Seiten der Alliierten mit dem aufrichtigen Wunsch nach Verständigung verhandeln. Die gestrige Rede Simons bedeute eine günstigen Wendepunkt in der Geschichte der Konferenz.

Westpreußen, 11. Juli. Die in der gestrigen Vormittagsitzung gehaltenen bereits bekannten Reden des Reichsministers Simons und der Herren Skinnel und Hae schienen ihren Eindruck nicht verfehlt zu haben. Die Kohlenfachleute haben unter einander Fühlung genommen und ihre bisherigen Verhandlungen verlaufen aufeinander zufriedenstellend. Die Erörterungen der Kohlenfrage dauern fort. Die gestrige Nachmittagsitzung beschäftigte sich zum ersten Mal mit den Finanzfragen und der Frage des Wiederaufbaus. Der Ton der Verhandlungen ließ nichts zu wünschen übrig.

Westpreußen, 11. Juli. Der geschäftsführende Ausschuss des Reichsverbands deutscher Presse veröffentlicht einen Protest über die Behandlung der deutschen Presse in den besetzten Gebieten in welchem gezeugt wird, insbesondere auch in der Weise, wie deutsche Zeitungen auf mehr oder weniger lange Zeit verboten, weil sie wahrheitsgemäß über die Schandthaten der schwarzen Bestzung berichtet haben. Gegen die schwarze Bestzung berichtet haben. Gegen die schwarze Bestzung berichtet haben. Gegen die schwarze Bestzung berichtet haben. Gegen die schwarze Bestzung berichtet haben.

Westpreußen, 8. Juli. Renter. Die Lage in Belgien ist außerordentlich ernst. Es scheint, daß der Führer der Liberalen Partei, ist in der Richtung nach Antwerpen abgereist. Wie berichtet wird, hat er den Truppen befohlen, gegen Brüssel zu marschieren. Man befürchtet einen Staatsstreich.



Amtliche Bekanntmachungen.

Oberamt Nagold.

Ausbruch der Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen im Gehöft des Mehhers Jakob Pfeife in Göttingen.

Auf Grund des Viehseuchengesetzes und der §§ 182—192 der Min. Verfügung hiezu vom 11. Juli 1912 (RBl. S. 317 ff.) ergeben folgende Anordnungen:

A. Sperrbezirk: Die Gemeinde Göttingen.

B. Beobachtungsgebiet: Sulz und Wildberg.

C. In den Umkreis von 10 km um den Seuchenort werden einbezogen die Gemeinden Göttingen, Minderbach, Pfondorf, Eshausen, Rotfelden, Effringen, Ebershardt, Wari, Wenden, Schöndronn des Oberamtsbezirks und folgende Gemeinden der Nachbarämter:

1. im Oberamt Calw: Oberhaugstett, Neubulach, Albulach, Schmiech, Liebelsberg, Emberg, Javelstein, Zeinach, Eshardt Gde. Hirsau, Sonnenhardt, Holzbronn, Altburg, Alzenberg, Calw, Neuhengstett, Althengstett, Stammheim, Sechingen, Dachtel und Deckensproun.

2. im Oberamt Herrenberg: Göttingen, Ruffingen, Oberjettingen, Ruppigen, Affstätt, Herrenberg, Haslach, Unterjettingen, Oberjettingen.

3. im Oberamt Balingen: Deufringen und Aiblingen. Für diese im einzelnen abgegrenzten Gebiete gelten die unter I., II. und III. der obern. Bef. mitmachung betr. den Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Hohdorf vom 1. Juli 1920 — Aus den Tannen Nr. 152 — angeordneten Maßregeln.

Die Kreispolizeibehörden haben gemäß den dort gegebenen Anordnungen zu verfahren.

Nagold, den 9. Juli 1920. Oberamt: Münz.

Bekanntmachung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft betr. Erhöhung der Wehlpreise.

Trotz wiederholt in der Presse gegebener Aufklärungen mehren sich die Angriffe gegen die Reichsregierung wegen der von ihr mit Zustimmung des Reichsrats und des zuständigen Ausschusses der Nationalversammlung für Anfang Mai angeordneten Erhöhung der Wehlpreise. Dabei wird vielfach behauptet, daß diese Erhöhung durch die den Landwirten gezahlten Getreidepreise nicht gerechtfertigt werden. Demgegenüber sei nochmals folgendes hervorgehoben: Die Getreidebestände Deutschlands in seinem durch den Friedensvertrag beschränkten Umfange genügen nicht, um seine versorgungsberechtigte Bevölkerung bis zum Beginn der neuen Ernte zu versorgen. Deshalb müssen für den Rest des Wirtschaftsjahres mehrere hunderttausend Tonnen Getreide aus dem Auslande eingeführt werden. Bei den bekannnten Valutaverhältnissen verursacht dies gegenüber dem Preise des Inlandsgetreides Mehraufwendungen von etwa 3 Milliarden Mark. Von diesen werden nur etwa 1 1/2 Milliarden durch die Erhöhung der Wehlpreise gedeckt; den übrigen Beitrag muß das Reich tragen. Daß die Heranziehung der versorgungsberechtigten Bevölkerung nicht auf die von der Reichsgetreidestelle versorgte beschränkt werden konnte, sondern daß auch die selbstbewirtschaftenden Kommunalverbände, obgleich sie selbst im allgemeinen kein Auslandsgetreide zu verwenden brauchen, in gleichem Umfange wie die nichtselbstwirtschaftenden zu Beiträgen herangezogen werden mußten, war erforderlich, weil andernfalls eine einseitige Belastung der von der Reichsgetreidestelle versorgten Kommunalverbände erfolgt wäre, während die für die öffentliche Wirtschaft erwachsenden Lasten von allen Angehörigen des Reichs in gleicher Weise getragen werden.

Nagold, den 10. Juli 1920. Oberamt: Münz.

Beuren.

Todes-Anzeige.



Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber Gatte, unser lieber Vater, Groß- und Schwiegervater und Bruder

Martin Bürkle

Amtsdiener

am Samstag Nacht um halb 12 Uhr ganz unerwartet schnell im Alter von 70 Jahren sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bittet im Namen der trauernden Hinterbliebenen

die trauernde Gattin:

Philippine Bürkle, geb. Keppler.

Beerdigung am Dienstag Mittag um 1 Uhr.

Gezogene Häute

tausend größere Posten abzugeben. Interessenten wollen sich bitte mit mir in Verbindung setzen.

Hermann Braun, Fellhandlung

Niederstetten (Württbg.) Fernspr. 44.

Verloren

ging am Samstag Abend in der Nähe bei Uhrmacher Schaible ein Handtäschchen mit Inhalt. Abzugeben gegen Belohnung bei

Uhrmacher Schaible.

15 000 Mk.

auf 1. Hypothek auf Geschäftshaus von Selbstgeber gesucht.

Offerten an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Für einen jüngeren Herrn wird

1 Zimmer

gesucht.

Angebote ges. erbeten an

Fritz Wagemann

Schneidermeister.

Geschichte

Schneiderin

empfehlte sich zum Nähen auf dem Lande.

M. Sander

Stuttgart, Hegelstr. 37.

Gangenwald.

400 Liter

Most

hat abzugeben

Stein.

Spiegelberg.

Eine Henne

mit 10 Jungen verkauft wer? sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Spiegelberg.

Eine schöne, hochtrachtige

Ruh

steht dem Verkauf aus

Joh. Georg Schaible

Fuhrmann.

Oberamtsstadt Calw.

Unter dem Titel: „Guter Geschmack des Alltags“ wird vom württ. Landesgewerbemuseum in der Zeit vom Samstag, den 10. Juli bis Freitag, den 16. Juli (je einschließlich) vormittags von 9—12 Uhr und nachmittags von 2—5 Uhr

im großen Saal des Georgenäums in Calw

eine

Wander-Ausstellung

veranstaltet, in der in Form und Farbe gebiegene Leistungen auf den verschiedensten Stoffgebieten des Kunstgewerbes — Metalle, Keramik, Glas, Textilien und namentlich allerlei Graphit — vorgeführt werden.

Die nähere und weitere Umgebung Calws und insbesondere die interessierten Gewerbetreibenden werden zu dem Besuch der Ausstellung herzlich eingeladen. Eintritt frei.

Für die Stadtgemeinde Calw:

Stadtschultheiß Gdhner.

Für den Bezirks-, Handels- und Gewerbeverein:

Flaschnermeister H. E. Eilig.

Zirka 1200 Liter

Most

hat zu verkaufen wer? sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Bettmöbelen

Befreiung sofort. Alter u.

Geschlecht angeben. Auskunft

umsonst. Wiltberger n.

Co. Stuttgart N. 73

Altensteig.

Für die Einmachzeit

empfehle mein gut fortiertes Lager:



Conserven-
Gläser
REX

in 1/2, 3/4, 1, 1 1/2, 2 Liter
in 1/2, 3/4, 1 Liter nieder



REX

Budding-Gläser

à 1 1/2 Liter

Hohe Fleisch-Gläser

à 1 1/2, 2 und 3 Liter

Saftflaschen

1/2, 3/4 Liter

Conserven-Gläser

la. schwere Ware

Heyburg und Viktoria

in 1/2, 3/4, 1, 1 1/2, und 2 Liter



Einmach-Gläser, Gelee- u. Honig-Gläser

Einmach-Töpfe braune Bunzlauer mit Henkel

Einmach-Töpfe grau, Einmach-Krüge braun

Demjohn-Rolben in Weiden geflochten, v. 2—30

einzelne Gummi-Ringe, Bügel und Glasdeckel

NB. Durch frühzeitige, günstige Einkäufe bin ich in der Lage, sämtliche Conserven-Gläser zu wesentlich billigeren Preisen als heute vorgeschriebene Catalog-Fabrik-Preise verkaufen zu können.

Reelle Bedienung. Billigste Preise.

Chr. Burghard junior.

Altensteig.

Dankagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden des

Joh. Klink

sagen Dank

Die trauernden Hinterbliebenen.



Wart.

Eine fehlerfreie, bereits noch neuwertige gute

Mug- und Schaffkuh

verkauft

Joh. Hertzer.

Empfehle

Krankenweine alten Malaga

Schwarzwald-Drogerie

Altensteig
Telefon 41.

Habe zehn Stück junge Enten zu verkaufen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Altensteig.

Prima

Hundefuchen

per Pfund Mk. 2.—

Geflügelfutter

per Pfund Mk. 1.—

bei C. W. Luz Nachf.

Fritz Bühler jr.